

9. Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen

Im Folgenden werden einige zentrale Erkenntnisse der vorangegangenen Untersuchung zusammengefasst und – zuweilen vor dem Hintergrund bisheriger Befunde der Zivilgesellschaftsforschung – eingeordnet und bewertet. Schließlich sollen im Anschluss daran konkrete Handlungsempfehlungen formuliert werden.

9.1 ERKENNTNISSE ...

9.1.1 ... über positives Denken – trotz allem

Zunächst einmal fällt das durchgängige Bedürfnis nach einer positiven Lebenseinstellung auf. Wenngleich die Lebensumstände es nicht immer erlauben, so scheint es doch ungemein wichtig, den Anstrengungen des Alltags mit einer überwiegend positiven Grundhaltung zu begegnen. Diese Lebenseinstellung kann auch als Mittel verstanden werden, die teils als lebensfeindlich wahrgenommene Umwelt mit ihren Anforderungen und Belastungen in einem erträglichen Maße für sich anzunehmen. Das Bedürfnis nach Ruhe, nach einem „Entfliehen“ aus alltäglichen Verpflichtungen und einem Rückzug in eine private, aufbauende Lebenswelt ist dabei sehr groß. Denn generell sind Stress und Hektik die am negativsten wahrgenommenen Außeneinflüsse in diesem Teil der Bevölkerung. Eine Art latent empfundener Leistungsdruck und „stressig“ soziale Zwänge werden in keinem Fall

als produktive Herausforderung, sondern fast immer als unangenehme „Bedrohung“ aufgefasst.

Dabei scheint zunächst unwesentlich, ob Arbeit den Tag strukturiert oder man derzeit ohne Arbeit ist. Zu den alltäglichen Verpflichtungen, die unter Druck setzen, können auch der Haushalt oder gemeinschaftliche Verabredungen zählen. Die Privatheit und das „Sichzurückziehen“, entweder in die eigenen vier Wände oder in den Freundes- und Familienkreis, sind dabei von großer Bedeutung. Sich aus diesen Bereichen heraus zu begeben, Neues oder Unbekanntes – womöglich noch allein – zu wagen, ist anstrengend.

9.1.2 ... über Arbeit, Freizeit und die moderne Bürgergesellschaft

Auffällig ist besonders die stark dichotome Perzeption der Bereiche Freizeit und Arbeit, wobei letzterer Bereich erneut nicht ausschließlich die reguläre Beschäftigung in einem Arbeitsverhältnis meint. Auch Befragte ohne Arbeit unterscheiden zwischen den Bereichen Arbeit und Freizeit in ihrem Tagesablauf. Die täglich anfallenden Aufgaben, etwa Hausarbeiten oder Termine, werden als extrem stressbeladene Arbeitsbereiche eingestuft, von denen allein die Freizeit entbindet. Freizeit wird hier nicht durch Arbeit, sondern als von jeglicher Arbeit „freie Zeit“ definiert.

Formalen ehrenamtlichen Verpflichtungen oder mitgliedschaftlichen Bindungen begegnet man aus diesen Gründen zunächst mit Skepsis. Vielmehr ist den in dieser Studie Befragten – ähnlich wie es die Engagementforschung für die gesamte Gesellschaft belegt¹ – die individuelle Freiheit bei der Freizeitgestaltung ausgesprochen wichtig. Die „modernen“ Bürgergesellschaftsformen müssten daher gerade für sozial Benachteiligte interessant erscheinen. Doch überdurchschnittlich flexibel oder informell aktiv zeigte sich kaum eine(r) unserer Befragten.

Wie lässt sich dieser vermeintliche Widerspruch zwischen der praktischen Ferne von der modernen Bürgergesellschaft und der erklärten Attraktivität informeller Engagementstrukturen erklären? Womöglich spielt hier

1 Vgl. Alscher et al.: *Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland*, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, WZB), Berlin 2009, S. 52.

der Faktor Arbeit eine große Rolle, denn kaum etwas führt schneller zu Aktivitäten und Engagement als die sozialen Netzwerke von Kollegen und Bekannten am Arbeitsplatz. Oder, anders herum betrachtet: Arbeitslose Menschen sind auch weiterhin am seltensten in die Infrastruktur der Zivilgesellschaft einbezogen.² Gerade die modernen Bürgergesellschaftsformen betonen die Eigeninitiative der Bürger, das Zutrauen in sich selbst, der Glaube daran, dass die eigene Aktivität etwas bewirkt.³ Der schwedische Politikwissenschaftler Erik Amnå kommt in seiner Untersuchung unkonventioneller Beteiligungsformen zu dem Ergebnis, dass es, um Zugang zu ihnen zu finden, eines bestimmten Faktors bedarf, den er als „ability ,I can“ umschreibt:

„In order for one to actually become involved and participate, a moral imperative or a situation inviting action alone is insufficient. One also has to have confidence in one's own resources – that what one has to contribute can truly make a difference.“⁴

Unsere Befragungen zeigen jedoch, dass sozial Benachteiligte über dieses für den Zugang zur modernen Bürgergesellschaft so ungemein wichtige Selbstzutrauen kaum verfügen. Die Hemmschwelle, aus sich selbst heraus

-
- 2 Mit zahlreichen anderen Indikatoren zeige dieser Befund, „dass Arbeitslosigkeit mit verminderter sozialer Integration und anderen Benachteiligungen einhergeht“. Vgl. Gensicke, Thomas; Geiss, Sabine: *Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009*; München 2010, online verfügbar unter: http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/3._20_Freiwilligensurvey-Hauptbericht.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf (zuletzt eingesehen am 05.12.2010), S. 72; ähnlich Schulz: „Die Bürgergesellschaft wirkt wie eine Verlängerung der Erwerbsgesellschaft.“ Schulz, Rosine: *Kompetenz-Engagement. Ein Weg zur Integration Arbeitsloser in die Gesellschaft*, Wiesbaden 2010, hier S. 297.
 - 3 Vgl. Böhnke, Petra; Dathe, Dietmar: Rückzug der Armen. Der Umfang freiwilligen Engagements hängt von der materiellen Lage ab – und von Bildung, in: *WZB-Mitteilungen*, (2010) 128, S. 14-17.
 - 4 Amnå, Erik: Active, Passive, or Stand-by Citizens? Latent and Manifest Political Participation, in: Amnå, Erik et al. (Hrsg.): *New Forms of Citizen Participation. Normative Implications*, Baden-Baden 2010, S. 191-203, hier S. 197.

aktiv zu werden, andere anzusprechen oder – auch im übertragenen Sinne – neue Räume zu betreten, liegt nicht selten zu hoch und verhindert Engagement und Aktivität. Umso schwerer wiegt in diesen Fällen der Zustand der Arbeitslosigkeit, da dieser nicht nur zu einer deutlichen Verringerung des „Selbstzutrauens“ führt, sondern auch zu reduzierten sozialen Netzwerken. Häufig fehlen Menschen, Freunde und Bekannte, die entweder in bereits bestehende bürgergesellschaftliche Strukturen einführen können oder mit denen man sich gemeinsam auf den Weg zu einer Aktivität begeben kann. Insbesondere bei der Betrachtung der modernen Formen von Bürgergesellschaft muss daher ein Fokus auf die Gruppe der sozial Benachteiligten gelegt werden.

9.1.3 ... über Nähe und Nahbereiche

Der Nahbereich ist für die „Unterschicht“ ungemein bedeutend. Anknüpfungspunkte für Engagement und Aktivität finden sich fast ausschließlich hier. Oft bewegt man sich überhaupt nicht aus dem Viertel hinaus,⁵ die lokale Infrastruktur wird daher besonders intensiv genutzt. Diese und das eigene informelle (Hilfs-)Netzwerk sind hier engmaschig und – wenn man so will – bequem, so dass sich viel innerhalb dieser limitierten Sphäre abspielt.

Verschiedene Gründe beschränken die Bewohner auf einen sehr kleinen Aktions- und Lebensradius. Erstens befinden sich die sozialen und familiären Netzwerke vor Ort. Zweitens grenzt der Mangel sowohl an finanziellen als auch an individuellen Ressourcen den Alltag räumlich ein, etwa wenn der öffentliche Nahverkehr zu teuer erscheint oder die Betreffenden es beispielsweise nie gelernt haben, Fahrrad zu fahren. Drittens, und dies wiegt möglicherweise am schwersten, liegt die Hemmschwelle, den eigenen Nahbereich zu verlassen, unbekannte Orte aufzusuchen und für sich selbst zu erschließen, ganz besonders aus mentalen Gründen sehr hoch. Der Nahbereich bedeutet Sicherheit und Geborgenheit; Neuem und Orten außerhalb des Viertels hingegen wird mit Misstrauen begegnet. Kurz: Man bleibt dort, wo man sich (aus-)kennt.

5 Dass sich die „informellen“ Teile der Bürgergesellschaft insbesondere auf den Nahbereich beziehen, befindet ganz ähnlich Warr, Deborah J.: Gender, Class, and the Art and Craft of Social Capital, in: *The Sociological Quarterly*, 47 (2006) 33, S. 497-520.

Diese Beobachtung gilt gleichsam für Aktivitäten und Engagement: Je höher die zu überbrückenden Entfernung sind, desto seltener finden gemeinschaftliche Aktivitäten statt. Freizeitangebote werden meist nur dann wahrgenommen, wenn sie in der Nähe verfügbar sind.

Gleichwohl bedeutet das Vorhandensein von Freizeitangeboten – sei es über Vereine oder aber soziale Einrichtungen vor Ort wie etwa Nachbarschaftszentren – nicht gleichzeitig, dass diese auch aktiv aufgesucht und genutzt werden. Ganz im Gegenteil: Vielfach existiert eine aus Unkenntnis aber auch Misstrauen gespeiste innere Abwehr gegen existierende Angebote.

9.1.4 ... über Zusammengehörigkeitsgefühl und Gemeinschaft

Eine mehrheitlich positive Grundeinstellung findet sich in der Wahrnehmung des Viertels. Dieses wird – obwohl man die negative Zuschreibung von außen als „Problemviertel“ kennt – meist als sehr positiv wahrgenommen, dem negativen Klischee sogar mit einer beinahe trotzigen Haltung begegnet.

Oft existiert ein unterschwelliges positives Zugehörigkeitsgefühl zum Viertel, selbst in Leipzig-Grünau, wo diese Zugehörigkeit aufgrund der vergleichsweise großen räumlichen Dimension zunächst einmal überraschen mag. Wenngleich dieses Zusammengehörigkeitsgefühl implizit bereits vorhanden scheint, so besteht explizit der Wunsch nach einer stärkeren Gemeinschaft. Häufig wird, sowohl von den Befragten, die hier eigene Lebenserfahrungen haben, als auch von anderen Teilnehmern, die sich dies nur ausmalen, als Kontrast die „Dorfgemeinschaft“ romantisiert. In dörflichen Gesellschaften, so stellt man es sich zumindest vor, greifen sich die Menschen noch öfter unter die Arme. Die Kontakte zwischen *allen* Bewohnern seien deutlich enger.

9.1.5 ... über starke Netzwerke

Einige Bewohner sind allerdings in der Tat eng miteinander verbunden. Die sozialen Netzwerke und Hilfsnetzwerke erstrecken sich teilweise sehr weit und sind stabil. Meist sind es gut funktionierende migrantische Netzwerke, die das Leben im Viertel innerhalb der jeweiligen Gemeinschaften deutlich

verbessern und dabei auch häufig über die eigene Community hinaus ausstrahlen.

Gerade in diesen migrantischen Gemeinschaften sieht man allerdings wegen des hohen Zeitaufwandes, mit dem man sich der Familie und den engen Freunden widmet, für weitergehende Anbindungen kaum Kapazitäten. Engagementförderung muss sich daher in einem ersten Schritt auf diese bestehenden Netzwerkstrukturen konzentrieren und möglicherweise unterstützend anregen, damit diese auf einen möglichst großen Teil des Quartiers ausstrahlen.

Zudem scheint hier eine auch in anderen Feldern zu konstatierende klare Trennung in öffentliche Sphären auf der einen (Nachbarschaft) und private auf der anderen Seite (Familie, Community) zu bestehen. Deshalb sind jene Hilfestellungen, die zu Engagement hinzugezählt werden können, nur innerhalb schwer einsehbarer familiärer Netzwerke aufzufinden. Um diese freiwilligen Aktivitäten insbesondere von Menschen mit Migrationshintergrund richtig einschätzen und entsprechend bewerten zu können, sollte die Zivilgesellschaftsforschung ihr definitorisches Ausschlusskriterium zumindest partiell auflockern, demzufolge das Private oder Familiäre *nicht* zur Zivilgesellschaft gehört.

9.1.6 ... über unterschätztes Engagement

Insgesamt ließ sich in der Tat viel verborgenes informelles Engagement ent- und aufdecken. Denn mitunter liegen die Eigenwahrnehmung und der definitorische Rahmen von Engagement weit auseinander. Das „tatsächliche“ Engagement ist dabei überraschend stärker als es nach einer ersten Abfrage den Anschein machte. Allerdings wird diese Form der Hilfe kaum als *Engagement* wahrgenommen, auch kaum nach außen kommuniziert, da der Zusammenhalt, durch familiäre Bande verstärkt, als selbstverständlich gilt. Einigen Befragten wird erst auf gezielte Nachfrage bewusst, dass es sich beim eigenen Handeln um (zivilgesellschaftliches) Engagement handelt, das sie von sich aus nicht darunter subsumieren würden.

Ein Grund hierfür mag die strikte Trennung von Engagement innerhalb und außerhalb der Familie sein. Insgesamt ist die Selbstwahrnehmung des eigenen Engagements im familiären Sektor und im Nahbereich deutlich höher als außerhalb (wenngleich hier beachtet werden muss, dass das Engagement außerhalb der Familie von vielen Befragten selbst schlechter einge-

schätzt wird als es sich in der Befragung tatsächlich herausstellte). Diese Tendenz ist bei Migranten mit einer großen Familie besonders ausgeprägt. Gerade dieses innerfamiliäre Engagement scheint sich der Mobilisierung durch außen eher zu entziehen, da es – womöglich auch aus Tradition, die Privatheit zu schützen – nicht zur Sprache kommt.

Ein weiterer Grund ist die generelle Einstellung zu Engagement und zum „Helfen“ an sich. Denn scheinbar ist bürgergesellschaftliches Engagement mitunter einfach nicht „der Rede wert“, sondern es wird einfach gemacht, was sinnvoll erscheint.

Diese Haltung lässt sich auch an der allgemeinen Einstellung ablesen, mit der Vorbilder für Engagement betrachtet werden. Engagement ist dementsprechend dann glaubwürdig, wenn die Personen, die sich engagieren, eine gewisse eigene Betroffenheit ausdrücken und verkörpern. Abstraktem Einsatz für „das Gemeinwohl“ der Gesellschaft und überhaupt Menschen, die viel über ihr eigenes Engagement reden, wird mit Skepsis begegnet. Prominente Vorbilder, die (etwa in TV-Werbespots) vorleben, wie man etwas für die Gesellschaft tut, sind für diese Gruppe kein Anknüpfungspunkt.⁶ Das gesamte Konzept des bürgerschaftlichen Engagements scheint hier fast unpassend – zumindest was die theoretische Grundannahme anbelangt, sich „des Engagements wegen“ zu engagieren. Vielfach werden stattdessen schlicht die Dinge getan, die selbstredend sinnvoll erscheinen.

9.1.7 ... über Mitmachen und Selbermachen

Gleichzeitig zieht kaum ein Befragter Impulse für sein Engagement aus einer Art Verantwortungsgefühl gegenüber dem „großen Ganzen“ der Gesellschaft. Vielleicht auch, weil man sich hier durch einen unvollen Bezug in die *Arbeitsgesellschaft* (fehlender Arbeitsplatz, nur Teilzeitbeschäftigung, o.ä.) nicht ganz zugehörig fühlt, da Arbeitslosigkeit in der Er-

-
- 6 Dies konnten wir konkret anhand der Fokusgruppen feststellen, in denen als Teil einer non-verbalen Kommunikationsrunde auch ein Videoclip der Kampagne Engagement-Macht-Stark gezeigt und anschließend darüber offen diskutiert wurde. Dieser wurde als viel zu abstrakt wahrgenommen, kaum einer der Befragten konnte mit ihm etwas anfangen. Das Video ist einzusehen unter: <http://www.engagement-macht-stark.de/media/2008/spots%202008/Biedermann.mp4> (zuletzt eingesehen am 04.12.2010).

werbgesellschaft immer noch ein Stigma ist; vielleicht aber auch, weil man sich nicht in der Rolle derjenigen sieht, die sich kümmern und etwas in die Hand nehmen.

Denn diejenigen, so die vorherrschende Einstellung in den Gesprächen, die etwas organisieren oder anregen, sind andere. Das Mitmachen oder Teilnehmen kommt zwar für viele in Frage und findet zum Teil auch tatsächlich statt. Und wenn man angesprochen werden würde, ohne selbst etwas initiiieren zu müssen, scheint die Bereitschaft zur Beteiligung wesentlich höher. Insgesamt ist auch das Bedürfnis nach weiteren Aktivitäten und nach Möglichkeiten, sich in irgendeiner Form in das Viertel einzubringen, ausgesprochen groß. Doch für die Organisation von Zusammenkünften, Initiativen oder Aktivitäten werden häufig andere Menschen in der Verantwortung gesehen.

Als Gründe dafür, nicht eigenständig etwas anzuregen oder organisieren zu wollen, verweist man nicht nur auf die eigene Bequemlichkeit, sondern auf eine kritische Selbsteinschätzung. Die Befragten haben selten Erfahrungen mit eigeninitiierten Aktivitäten, trauen sich dies nicht zu. Die bürgerschaftliche Qualität von Engagement liege unter anderem „in der Selbstorganisation und Selbstbestimmtheit dieses freiwillig ausgeübten Engagements“,⁷ so die Enquete-Kommission zur Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements in ihrem Abschlussbericht an den Deutschen Bundestag. Doch *selbst* etwas auf die Beine zu stellen, kommt für viele gerade wegen der geringen Bewertung ihrer eigenen Fähigkeit nicht in Frage. Oftmals fehlt es tatsächlich an den organisatorischen Ressourcen oder an Kenntnissen über die Orte, Hilfsstellen oder Ansprechpartner, die eine potentielle Initiative unterstützen würden. In diesen Fällen wäre Anleitung oder – besser noch – Hilfe zur Selbstorganisation notwendig. Gerade hier sind vor allem „Viertelgestalter“ wichtig, Menschen also, die anderen den Weg zum Engagement ebnen, weil sie gerade keine Berührungs- oder Kompetenzängste haben. Doch auch das „Selbst“-Bewusstsein in dieser Bevölkerungsgruppe zu fördern wäre wichtig, denn die geringe Selbstinterpretation mancher Gesprächsteilnehmer erscheint ange-sichts der mannigfach vorgefundenen „versteckten“ und informellen Hilfeleistungen vielfach ungerechtfertigt. Eine stärkere Anerkennung dieser bürgerschaftlichen Aktivitäten der „Unterschicht“ wäre hierfür ein erster Schritt.

7 Deutscher Bundestag: *Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“*.

9.1.8 ... über Kinder als Brücke in die Bürgergesellschaft

Allgemein sind Kinder stets der wichtigste Zugang zu Engagement und Aktivität. Gründe, die Erwachsene erklärtermaßen von Aktivität abhalten – zum Beispiel wenig Geld oder Zeit zu haben oder den Aufwand zu scheuen – gelten durchweg nicht, wenn es um den eigenen Nachwuchs geht. In den meisten Fällen sind die Kinder stärker ins öffentliche Leben im Viertel eingebunden als ihre Eltern. Kinder haben zudem – auch hier im Gegensatz zu Erwachsenen – Kontakte mit vielen *verschiedenen* Netzwerken und *verschiedenen* Nationalitäten.

Gleichzeitig bedeuten Kinder auch für Ältere einen wichtigen Brückenpfeiler in die Bürgergesellschaft. Dies funktioniert zum Beispiel indirekt, indem versucht wird, die Situation für die eigenen Kinder oder für Kinder im Allgemeinen zu verbessern. Oder aber, indem sie zu ihren Aktivitäten gebracht oder abgeholt werden und somit Berührungspunkte zu Orten der Aktivität und zu anderen Viertelbewohnern entstehen.

9.1.9 ... über ungleiche Aktivitätsangebote

Insgesamt liegen die Aktivitäts- und Engagementmöglichkeiten für bestimmte Bewohnergruppen im Ungleichgewicht zueinander: Angebote für Frauen scheinen gegenüber Angeboten für Männer auf den ersten Blick zu überwiegen. Insbesondere junge Männer und männliche Jugendliche sehen sich oft einer Angebotsleere ausgesetzt. Eine weitere „Problemgruppe“, auf die sich die Förderung bürgerschaftlicher Infrastruktur in den sozialstrukturell benachteiligten Vierteln besonders konzentrieren müsste, sind Bewohner *ohne* Migrationshintergrund und ohne eigene Familie vor Ort. Denn gerade bei diesen weithin isolierten Menschen scheinen kaum soziale Netzwerke zu greifen. Sie sind besonders auf eine von außen angebotene bürgerschaftliche Infrastruktur angewiesen.

9.1.10 ... über „moderne“ Formen der Bürgergesellschaft

Die „modernen“ Formen von bürgergesellschaftlichem Engagement erfreuen sich durchaus auch in der „Unterschicht“ wachsender Beliebtheit. Die Möglichkeit, sich unabhängig von festen Strukturen zu engagieren, kommt sogar dem von uns untersuchten Personenkreis überwiegend entgegen, da

die Skepsis gegenüber den Prinzipien der althergebrachten Institutionen groß ist. Konventionelle Organisationsformen wie etwa die (Vereins-)Mitgliedschaft werden als zu starr wahrgenommen und mit lästigen Verpflichtungen verbunden, die zunächst einmal abschrecken. Bei manchen klassischen Großorganisationen wie den Gewerkschaften oder Parteien kommt meist eine außerordentliche Ablehnung, ja fast Abscheu hinzu. So gesehen bieten sich kurzfristige, punktuelle und vor allem in finanzieller und zeitlicher Hinsicht flexibel gestaltbare Engagementfelder für diesen Personenkreis an. Allerdings muss dafür Sorge getragen werden, dass diese verschiedenen modernen Aktivitätsmöglichkeiten nicht nur bekannt, sondern auch angstfrei zugänglich sind, damit auch Menschen mit geringem Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten den ersten Schritt wagen und „mal eben“ teilnehmen.

9.1.11 ... über politische Formen der Partizipation

Auch Bürgerinitiativen oder Unterschriftenaktionen stellen im Grunde informelle Beteiligungsmöglichkeiten dar, die flexibel und bindungslos nutzbar sind. Sie könnten eine Chance für die Einbeziehung der „Unterschicht“ in politische Entscheidungsprozesse bedeuten. In der Praxis jedoch verhindert häufig eine grundlegende Distanz, die man in der „Unterschicht“ zu politischen Ebenen sieht, die Beteiligung.⁸ Mit einer Ausnahme – der Einsatz für direkte Wohnbelange bei Wohnungsgesellschaften – kennt man kaum Möglichkeiten der eigenen Einflussnahme auf gesellschaftliche Angelegenheiten. Die Analyse des Politikwissenschaftlers Armin Schäfer, der unlängst feststellte, dass der Wahlakt noch immer die vergleichsweise geringste, durch soziale Unterschiede geprägte politische Partizipationsform ist,⁹ sieht sich durch unsere Untersuchung nur bestätigt.¹⁰ Während ein Großteil der Befragten Wahlbeteiligung als wichtig ansieht und angibt,

8 Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: *Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Bonn 2008, S. 126ff., online verfügbar unter: http://www.bmas.de/portal/26742/property=pdf/dritter_armuts_und_reichtumsbericht.pdf (zuletzt eingesehen am 04.12.2010).

9 Vgl. Schäfer: Alles halb so schlimm?

10 Vgl. hierzu auch Schaal, Gary S.: Sozial Schwache.

selbst regelmäßig zu den Urnen zu gehen, ist nur ein Bruchteil in einer Partei, einer politischen Organisation oder einer Initiative aktiv. Nur wenige Befragte berichteten von der Beteiligung an Unterschriftenaktionen oder Bürgerbegehren. Und kaum jemand erwähnte den Boykott bestimmter Waren aus politischen Gründen,¹¹ geschweige denn die Teilnahme an politischen Aktionen über das Internet.

Aus demokratiewissenschaftlicher Betrachtung ist dieser Befund nicht ohne Relevanz. In der politischen Partizipationsforschung wird die Frage nach der „Sozialen Basis“ bereits seit den 1970er Jahren und aktuell aufgrund der starken Zunahme individueller Beteiligungsformen (wie z.B. das politisch motivierte Boykottieren von Waren) neu gestellt. Gefragt wird, ob, durch Entwicklungen in der *Form* sich zu beteiligen, „neue“ Gruppen herangezogen, mobilisiert („mobilization theory“¹²) und in den politischen Beteiligungsprozess integriert werden.¹³ Oder, ob sich soziale Ungleichheiten erweitern. Sicherlich fehlt hier für weiterführende Aussagen eine Gegenüberstellung unserer Ergebnisse mit höher gebildeten und einkommensstärkeren Bevölkerungsschichten. Die vorliegenden Gespräche bestätigen jedoch den Eindruck einer starken sozialen Ungleichheit, die sich angesichts des Wachstums moderner politischer Partizipationsformen und ihrer zu vermutenden Einflusszunahme auf politische Entscheidungsprozesse in Zukunft sogar noch verschärfen könnte. Denn für die „modernen“ politischen Formen sich zu beteiligen gilt im Grunde Ähnliches wie für die sozialen Bereiche der Bürgergesellschaft: Die Eigen- oder Selbstinitiative spielt eine zunehmend wichtige Rolle.¹⁴ Dies wirkt sich auf die praktische Beteiligung der Bürger aus, denn während sich viele der von uns Befragten

11 Zu politischem Konsum als typisch „moderne“ Form bürgergesellschaftlichen Engagements vgl. insbesondere Stolle et al.: *Politics in the Supermarket*, S. 245-269.

12 Vgl. Togeby, Lise: Grass Roots Participation in the Nordic Countries, in: *European Journal of Political Research*, 24 (1993) 2, S. 159-175.

13 Vgl. Strømsnes, Kristin: Political Consumerism: A Substitute for or Supplement to Conventional Political Participation? In: *Journal of Civil Society*, 5 (2009) 3, S. 303-314.

14 Bei bürgergesellschaftlichem Engagement spielt der Glaube, „dass man die Verhältnisse auch selber beeinflussen kann“ eine Rolle. Unter anderem aus diesem Grund ließe sich von einem „Rückzug der Armen“ sprechen, argumentieren Böhnke; Dathe: *Rückzug der Armen*, S. 17.

zwar durchaus in der Lage, zum Teil sogar persönlich verpflichtet sehen, regelmäßig wählen zu gehen,¹⁵ trauten sich die meisten eine Eigeninitiative nicht zu. Die Bundesregierung spricht in diesem Zusammenhang von zusätzlichen „Mechanismen des Selbstanschlusses“, die – neben den nachweisbar negativen Einflüssen eines geringen Einkommens und niedrigen sozialen Status – dazu führen, dass sozial Benachteiligte sich „ein Engagement nicht zutrauen“.¹⁶

Die vorliegenden Untersuchungsergebnisse bestätigen in der Tat, dass derartige „Mechanismen des Selbstausschlusses“ wirken. Einige der modernen Formen sich zu beteiligen, also eigeninitiativ an einer Unterschriftenaktion, Bürger- oder Nachbarschaftsinitiative mitzuwirken, scheinen auch aus diesem Grund sozial Benachteiligte eher abzuschrecken. An Bedeutung gewinnt vielmehr ein regulärer Beteiligungsrahmen wie etwa die Regelmäßigkeit von Wahlen sowie die Unterstützung und Anregung von (politischer) Partizipation von außen – auch durch die Stärkung des „Selbst“-Zutrauens in die eigenen Fähigkeiten zur (politischen) Partizipation. Dass der „Zugang zum Engagement [...] bislang oft abhängig von der sozialen Herkunft [ist]“, stellt aktuell auch das *Nationale Dialogforum für Engagement und Partizipation* fest.¹⁷ Die Bundesregierung solle in Kooperation mit der Wissenschaft eine Forschungsagenda zum Zusammenhang von Bildung und bürgerschaftlichem Engagement entwickeln. Es sei erforderlich herauszufinden, wie Menschen „durch persönliche Ansprache und Begleitung zum Engagement motiviert werden können“ und welche Infrastruktur dafür notwendig ist.¹⁸ Die Relevanz der direkten Ansprache zur sozialen Partizipation konnten die vorliegenden Forschungsergebnisse deutlich belegen. Wie jedoch die zwischenmenschliche Lücke, die offenbar in

15 Zu einem entsprechenden Ergebnis, dass die „[Bundestags-; d. Verf.]Wahlen auch politisch weniger interessierte Bürger/-innen mobilisieren“, kommt Jesse, hier zitiert aus dem Armuts- und Reichtumsbericht. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: *Lebenslagen in Deutschland*. S. 127.

16 Ebd., S. 130.

17 Vgl. Nationales Forum für Engagement und Partizipation: *Ergebnisse des Dialogforum „Bildung und Bürgerschaftliches Engagement“*, S. 5, online verfügbar unter: http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/05/df3_bildung.pdf (zuletzt eingesehen am 04.12.2010).

18 Vgl. ebd.

Bezug auf *politische* Formen der Beteiligung besteht, geschlossen werden kann, dahingehend besteht in der Tat noch großer Forschungsbedarf. Denn wie die Befragungen immer wieder zeigen, wird die Sphäre der Politik als etwas Elitäres angesehen, als Bereich, auf den man persönlich gar keinen Einfluss nehmen kann.¹⁹ Ein sehr enges Verständnis von Politik resultiert sicher auch daraus, dass Politiker oder politisch Aktive in der „Unterschicht“ persönlich überwiegend unbekannt sind. Politische Kontaktpersonen, die auch ein Verständnis von politischen und demokratischen Prozessen zu vermitteln vermögen, fehlen. Auf die vom *Nationalen Dialogforum* aufgeworfene Frage, wie die „persönliche Ansprache“ und „Begleitung“ zur politischen Beteiligung auch dieser Gesellschaftsgruppe (wieder)²⁰ gewährleistet werden könnte, fehlt derzeit noch eine Antwort.²¹

9.1.12 ... über haltgebende Strukturen

Bei aller artikulierten Bedürftigkeit nach bindungsarmen Beteiligungsmöglichkeiten und bei aller Wertschätzung des eigenen Freiraums wird zugleich deutlich, wie wichtig die Einbindung in feste und geregelte Strukturen ist, um überhaupt in die Welt der Bürgergesellschaft zu gelangen. Es braucht seine Zeit, Mitmenschen kennen zu lernen, Vorurteile abzubauen und Sympathien zu entwickeln. Genauso braucht es Zeit, in Aktivitäten zu gelangen,

19 In diesem Punkt können wir der Analyse Läzers zustimmen, die eine gesellschaftliche und politische Entwicklung beobachtet, „in der sozial benachteiligte Bürger sich nicht mehr als ‚Staatsbürger unter Gleichen‘ empfinden [...].“ Läzer, Katrin Luise: *Politische Einstellungen in privilegierten und benachteiligten Großstadtquartieren in Deutschland*, Berlin 2008, S. 180.

20 Zu vermuten ist, dass der starke Mitgliederrückgang in Gewerkschaften und Parteien hier eine Lücke hinterlassen hat, die bisher nicht gefüllt werden konnte. Insbesondere Migranten in den Vierteln sind zudem in politischen Gremien, ja ganz allgemein in der kommunalen Politik und Bürokratie nicht hinreichend vertreten. Deshalb fehlen gerade hier die so dringend benötigten persönlichen Bindeglieder zu Politik und Demokratie, die zu Zeiten funktionierender sozialer Milieus zum Teil (noch) vorhanden waren.

21 Ein erster Ansatz liegt in der Unterstützung von „Viertelgestaltern“, vgl. die Handlungsempfehlung „„Viertelgestalter“ als Schlüssel zu den bestehenden Netzwerken“ dieses Berichts.

denn den ersten Schritt zu machen erscheint der untersuchten Gruppe ungemein schwierig. Dafür bedarf es eines bestimmten gemeinschaftlichen Hintergrundes. Auch ist, so konnten wir immer wieder feststellen, die direkte Ansprache durch persönliche Kontakte der häufigste Zugangsweg in die Bürgergesellschaft. Man beginnt – wie oben schon erwähnt – eher etwas, wenn jemand Bekanntes mitwirkt, wenn man nicht allein ist.

Diese festen Bindungen und langfristigen sozialen Kontakte bestehen erstens häufig in Form von privaten sozialen Netzwerken im Viertel, insbesondere bei Migranten. Halt, Sicherheit und die wichtigen sozialen Kontakte bietet zweitens auch der Arbeitsplatz. Nicht ohne Grund hatte das Thema Arbeit in unseren Befragungen einen überragenden Stellenwert. Arbeitsplatz- und materielle Sicherheit, darauf weisen die Befragungen hin, sind konstitutive Voraussetzungen für Engagement. Bevor diese Struktur nicht gegeben ist, müssen auch soziale und kulturelle Bedürfnisse zunächst eingeschränkt werden.²² Oder, anders formuliert: „Man muss selbst finanziell abgesichert sein; erst dann kann man von Weltverbesserung träumen beziehungsweise versuchen, sie umzusetzen.“²³

Eine entscheidende Grundlage bilden schließlich, drittens, religiöse Gemeinschaften. Als wichtiger Teil des Alltags ermöglichen sie nicht nur soziale Kontakte und feste Strukturen, sondern auch den natürlichen, räumlichen wie moralischen Hintergrund für Engagement und Aktivität.

22 Die vorliegenden Befunde divergieren in dieser Hinsicht von der Einschätzung der Enquête Kommission des Deutschen Bundestages, dass bei der Entfaltung von Engagementpotentialen bei Arbeitssuchenden die „Engagementförderung und nicht eine Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik“ im Zentrum stehe. Vgl. Deutscher Bundestag: *Bericht der Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerlichen Engagements“*, S. 493. Die Befragten hingegen, die sich zum Zeitpunkt des Gesprächs ohne Erwerbsarbeit befanden, setzen ihre persönlichen Schwerpunkte eindeutig in umgekehrter Reihenfolge. Aus ihrer Sicht bedürfe es zunächst einer vergüteten Beschäftigung, damit die nötigen Voraussetzungen für Engagement und Aktivität gegeben sind.

23 Austermann und Woischwill beziehen sich hier auf die „Generation Prekär“, vgl. Austermann, Frauke; Woischwill, Branko: Generation P. Von Luft und Wasser leben?, in: Busch, Michael; Jeskow, Jan; Stutz, Rüdiger (Hrsg.): *Zwischen Prekarisierung und Protest. Die Lebenslagen und Generationsbilder von Jugendlichen in Ost und West*, Bielefeld 2010, S. 275-304, hier S. 284.

9.1.13 ... über „neue“ Formen in nachhaltigen Strukturen

Einerseits lässt sich also eine gewisse Scheu gegenüber Neuem und gegenüber außerhalb des eigenen Quartiers Gelegenem attestieren. Gleichzeitig ist man aber nicht nur sehr offen gegenüber modernen flexiblen Formen, sondern sie passen auch ideal in das, was die „Unterschicht“ unter Freizeit subsummiert. Während alte, das heißt verpflichtende Aktivitäten per Verein oder Mitgliedschaft häufig als fremdbe-stimmte Zumutung empfunden, eher in den Bereich Arbeit gefasst und als reglementierender Eingriff in die Privat- und Freizeitsphäre gescheut werden, fallen die „neuen“ eher unter diesen Bereich der Freizeit. Die Hürde, an ihnen „mal eben“ teilzunehmen, müsste daher eigentlich besonders niedrig liegen.

Doch bis die erste psychische Barriere gegenüber Unbekanntem über-kommen ist, dauert es gewöhnlich lange. Projektartige Initiativen, die auf wenige Jahre, womöglich gar Monate begrenzt sind, scheinen hier der falsche Ansatz zu sein. Vielmehr bedarf es zentraler Anlaufstellen, die flexible Angebote, Beteiligungs- und Engagementmöglichkeiten anbieten, die dauerhaft vor Ort präsent und nachhaltig infrastrukturell abgesichert sind.²⁴ Eigentlich liegt – angesichts der aktuellen Entwicklungen von Zi-vilgesellschaftsorganisation in der Bundesrepublik – die Etablierung so genannter Freiwilligenzentren oder -agenturen²⁵ nahe. Bei ihnen handelt es sich um Einrichtungen zur Vermittlung von Einzelnen ins bürger-schaftliche Engagement. Jedoch scheint es sich bei solchen oder ähnlichen Initiativen eher um Beispiele für typisch postmaterielles Bürgeren-

24 Olk et al. empfehlen entsprechend eine Förderung der infrastrukturellen Rah-menbedingungen (in diesem Fall auf Ostdeutschland bezogen). Olk, Thomas et al.: Handlungsempfehlungen, hier S. 148.

25 Zu Freiwilligenzentren vgl. Baldas, Eugen et al.: *Modellverbund Freiwilligen-Zentren*, Stuttgart [u.a.] 2001; Kamlage, Jan-Hendrik: *The Awakening Giant: The Development of Civil Society Infrastructure in Germany*, Konferenzpapier, Volun-teering Infrastructure and Civil Society, Aalsmeer, Niederlande, 24.-25.4.2008, on-line verfügbar unter: http://www.cev.be/data/File/The%20awaking%20giant_%20The%20Development%20of%20Civil%20Society%20Infrastructure_final1.pdf (zuletzt eingesehen am 04.12.2010).

gagement zu handeln.²⁶ Der ihnen zu Grunde liegende Gedanke, das abstrakte Motiv des „Engagierens um des Engagements wegen“, scheint der befragten „Unterschicht“ hingegen eher fremd.

Zwei andere Möglichkeiten für die erforderliche Nachhaltigkeit und den dauerhaften Zugriff auf moderne Aktivitätsformen bieten sich an: Erstens wäre die Stärkung bestehender gemeinschaftlicher Netzwerke in erster Linie über die Schlüsselfiguren der „Viertelgestalter“ wichtig. Dies sind Bewohner mit überdurchschnittlicher sozialer Vernetzung und hohem Ansehen im Viertel, die größtenteils dafür sorgen, die lokale Bürgergesellschaft zu organisieren und sie dadurch mit Leben füllen. Deren Engagementwille müsste gefördert werden, allerdings keinesfalls von außen reglementierend oder bevormundend. Wie noch später als Handlungsempfehlung formuliert, sollte deren Organisationsleistung frei von jeglichen bürokratischen Schwierigkeiten besonders unterstützt werden.

Zweitens müssten bereits bestehende infrastrukturelle Anlaufstellen für die Bürgergesellschaft vor Ort, etwa Sportvereine und sonstige Vereine, religiöse Gemeinden, Nachbarschafts- und Gemeindezentren sowie öffentliche Infrastrukturen gestärkt und dort *flexible* Aktivitäten angeboten werden. Moderne Formen politischer Beteiligung wie etwa Unterschriftenaktionen oder Bürgerbeteiligungsaktionen sollten zudem nicht nur auf den Zulauf von Bürgern aus der „Unterschicht“ warten, sondern sich direkt vor Ort begeben.²⁷ Das „Moderne“ und „Neue“ hat sich also in die „sichere“ Welt des Nahbereichs zu begeben. Nur so ließe sich die Beteiligung einer möglichst breiten sozialen Basis an der modernen Bürgergesellschaft gewährleisten.

26 Für eine interessante Ausnahme vgl. die in Berlin ansässige Freiwilligenagentur Kreuzberg-Friedrichshain, die insbesondere Arbeitslose als Freiwillige anzusprechen versucht.

27 Insofern ist der Handlungsempfehlung Nr. 2.2 „Persönliche Formen der Aktivierung des Engagementpotenzials umsetzen – die Menschen direkt ansprechen“ von Olk et al. zuzustimmen. Olk, Thomas et al.: Handlungsempfehlungen, S. 149.

9.2 HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

9.2.1 Aktivitäten im direkten Nahbereich – den Nahbereich mitnehmen können

Der Nahbereich ist für die „Unterschicht“ ungemein wichtig. Anknüpfungspunkte für Engagement und Aktivität finden sich ausschließlich hier. Verschiedene Gründe (finanzialer, praktischer aber auch mentaler Natur)²⁸ beschränken die Bewohner auf einen sehr kleinen Aktions- und Lebensradius. Oft bewegt man sich überhaupt nicht aus dem Viertel hinaus, denn die Hemmschwelle, den eigenen Nahbereich zu verlassen, unbekannte Orte aufzusuchen und für sich selbst zu „erobern“, erscheint ungemein groß. Die lokale Infrastruktur wird daher besonders intensiv genutzt. Gleichsam bieten die vorhandene soziale Infrastruktur und das eigene informelle und engmaschige (Hilfs-)Netzwerk wenige Anreize, den Nahbereich zu verlassen, sondern eher die Möglichkeit, sich in ihm „bequem“ zurückzulehnen.

- Gemeinschaftliche Aktivitäten müssen direkt vor Ort, vor der eigenen Haustür beginnen oder vorgestellt werden.
- Aktivitäten sollten verstärkt unterstützt und gefördert werden, bei denen das nahe Umfeld der Bewohner „dabei sein“ und Sicherheit geben kann, etwa Straßen- oder Stadtteilfeste. Sie bieten die Möglichkeit, gemeinsam mit vertrauten Personen neue Bereiche und neue Menschen zu entdecken. Der eigene Nahbereich wird dadurch „mitgenommen“, wodurch die Hemmschwelle zur Partizipation gleichsam gesenkt werden kann.

9.2.2 Das Rad nicht neu erfinden: Bestehendes Engagementpotential nutzen

Die Unterstützung *bereits vorhandener* Aktivitäten und informeller Hilfsnetzwerke ist wichtiger als der Versuch, eine *zusätzliche* Bürgergesellschaft zu kreieren. Denn Engagementpotential ist, wenn auch begrenzt, spürbar vorhanden. Problematisch scheint nur, dass es leicht von außen – und insbesondere bei bisherigen quantitativen Umfragen – übersehen werden kann.

28 Vgl. Abschnitt 4.1.4 dieser Studie.

Häufig greift man sich vor Ort, in familiären oder freundschaftlichen Netzwerken unter die Arme; diese Hilfe erstreckt sich nicht selten über weite Teile des jeweiligen Viertels. Die Tatsache, dass unter den befragten Bewohnern der Begriff des bürgergesellschaftlichen Engagements weithin unbekannt ist oder zumindest nicht verwendet wird, bedeutet nicht, dass sie genau dies nicht wie selbstverständlich leisten, ganz im Gegenteil. Diese sozialen Geflechte müssen aufgespürt und unterstützt werden.

- Mit Blick auf die Förder- und Unterstützungsmaßnahmen von *außen* erscheint es wichtig, die der Community vor Ort angehörigen, bestehenden Netzwerke zu unterstützen. Die Aus- und Weiterbildung von „Viertelkindern“, das heißt Personen, die sich stark mit hiesiger Gemeinschaft identifizieren und langfristig an sie gebunden fühlen, bietet sich hier an. Einige bestehende Förderinitiativen (etwa die Integrationslotse,²⁹ das ELFEN-Programm³⁰ in Niedersachsen oder die Ausbildung von „Stadtteilmüttern“³¹) gehen bereits in diese Richtung.
- Gewiss: Es erfordert auch hier viel Zeit und intensive Anstrengungen, die bestehenden Netzwerke und Personen aufzuspüren. Die Erforschung dieser informellen bürgergesellschaftlichen Netzwerke und die Anwendung ihrer Ergebnisse auf die Praxis muss daher intensiviert werden. Wissenschaftliche Forschung und die Akteure vor Ort müssen hierfür stärker als bisher zusammenarbeiten. Es ließe sich zum Beispiel anregen, dass akademische Untersuchungen (etwa Hausarbeiten oder Abschlussarbeiten), die sich mit strukturschwachen Vierteln beschäftigen, häufiger mit den praktischen und politischen Aktivitäten vor Ort rückgekoppelt werden. Eine solche Verbindung von (durchaus auch junger)

29 Vgl. beispielhaft die so genannten Integrations- und Kulturlotsen in Salzgitter: <http://www.integrationslotsen-salzgitter.de/> (zuletzt eingesehen am 04.12.2010).

30 ELFEN steht für „Engagement-Lotsen für Ehrenamtliche Niedersachsen“, vgl. http://www.ms.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=5043&article_id=13735&_psmand=17 (zuletzt eingesehen am 04.12.2010).

31 Stadtteilmütter gibt es in verschiedenen Stadtteilen/Kommunen, vgl. hierzu Berlin Neukölln: Witt, Tabea: *Der Name ist Programm. Das Projekt Stadtteilmütter*, online verfügbar unter: <http://www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/sozialraumorientierte-interkulturelle-arbeit/beispiele-gelingender-praxis/der-name-ist-programm/106581/> (zuletzt eingesehen am 04.12.2010).

Wissenschaft einerseits und engagementpolitischer Praxis andererseits müsste breitflächig angeregt werden. Die praktische Arbeit bestehender Projekte zur Unterstützung und Fortbildung lokaler „Viertelgestalter“ könnte so gefördert und gleichzeitig wichtige Erkenntnisse für die weiterführende Erforschung der Netzwerke sozial Benachteiligter gewonnen werden.

9.2.3 „Viertelgestalter“ als Schlüssel zu den bestehenden Netzwerken

„Mitmachen? Ja, aber nicht vorne weg!“ Diese Devise beschreibt die grundsätzlich offene, jedoch recht passive Einstellung vieler befragter Viertelbewohner zum eigenen Engagement.

Bestehende Angebote werden durchaus wahrgenommen, die Organisation von Zusammenkünften oder Initiativen wird aber oft anderen überantwortet. Das Motto lautet: „Wir werden die Fahnen nicht vorne tragen, aber wir laufen mit.“ Die meisten Befragten haben kaum Erfahrungen mit eigeninitiierten Aktivitäten oder trauen sich das nicht zu. Die dominierende Einstellung lautet etwa: „Das kann ich nicht. Das hab ich noch nie gemacht.“ Umso wichtiger sind demnach die eigenen Eliten, die Anführer der jeweiligen *peer groups* sozusagen.

„Viertelgestalter“, „Meinungsführer“ oder lokale „Eliten“, welchen Namen man auch immer bemüht: Es handelt sich um Menschen, die sich stark mit dem Viertel identifizieren, hier gerne leben und dennoch etwas verändern und verbessern möchten. Häufig haben diese Bewohner einen „Sprung“ in ihrem eigenen Lebenslauf erlebt, sind sozial oder hinsichtlich ihrer Ausbildung aufgestiegen und haben bereits „etwas erreicht“. Oftmals ist es ihr Anliegen, von diesem persönlichen Erfolg etwas zurückzugeben. Oder sie haben selbst Brüche und Rückschläge erlebt, sind Migranten, deren Ausreise auch einen persönlichen oder beruflichen Statusverlust nach sich zog – schmerzhafte Eigenerfahrungen, die sie heute zum Engagement antreiben.

Von engagierten Vertretern heimatlichen Glaubens und heimatlicher Kultur bis hin zu Sporttrainern, vom Jugendlichen, der die Aktivitäten seiner Freunde anregt bis hin zur jungen Mutter, die in der Moschee einen Kuchenbasar organisiert; es handelt sich dabei stets um sehr unterschiedliche Persönlichkeiten. Ihnen ist eine zentrale Funktion im Quartier gemein:

Viertelgestalter wirken nicht nur real durch die von ihnen ausgehende Organisations- und Aufbauarbeit lokaler Bürgergesellschaft, sondern auch implizit durch ihre Vorbild- und Orientierungsfunktion. Zu diesen „Anführern“ wird aufgeschaut und sich an ihnen orientiert.

Gleichzeitig sind sie ein Teil des Viertels – und sehen sich auch als ein solcher. Sie sind ein Beispiel dafür, im Viertel „gefangen“ zu sein und dennoch etwas Positives erreichen oder gestalten zu können. Und gerade weil sie sich in der gleichen problematischen Situation befinden wie viele andere im Viertel, aber trotzdem etwas unternehmen, sind sie Vorbilder.

Anders als die Gruppe der „Aufstiegsorientierten“, die sich nach außen bewegen und mit dem Viertel nicht viel anfangen mögen, identifizieren sich „Viertelgestalter“ stark mit ihm. Dieses positive Bild ist erstens so wichtig, weil es motiviert. Zweitens wurde gezeigt, dass der Nahbereich für sozial Benachteiligte von zentraler Bedeutung ist. Viele „Viertelkinder“ sehen ihre eigene Zukunft im Viertel, umso wichtiger ist für sie das Leitbild des Viertelgestalters. Und schließlich haben eben jene Viertelgestalter auch von außen kommenden Akteuren, deren Hilfe zum Teil als paternalistisch wahrgenommen wird, etwas voraus: Sie wirken besonders glaubwürdig, weil sie bereits längst Teil des Viertels selbst sind.

Diese beschriebene Gruppe der „Viertelgestalter“ aufzuspüren scheint zwar schwierig, jedoch zwingend notwendig. Oftmals lassen sie sich durch ihre starke öffentliche Präsenz im Viertel, durch eine gewisse Prominenz (z.B. im Wohnhaus oder im gesamten Viertel) oder durch bereits „gelebte“ Aktivitäten identifizieren. Werden Anreize geboten, treten sie bisweilen von selbst zum Vorschein. Sie bieten dann die Möglichkeit, größere Gruppen und Netzwerke im Viertel zu erreichen und „mitzunehmen“.

- Will man die gesamte Bürgergesellschaft im Viertel erreichen und stärken, so müssen diese Menschen erst einmal aufgefunden werden. Anschließend müssen nicht nur ihre Aktivitäten unterstützt, sondern auch ihre Leistungen und ihre Rolle entsprechend anerkannt werden.
- Auch für die politische Partizipation im Viertel – für den Versuch auszugleichen, dass sich insbesondere sozial Benachteiligte in deutlich geringerem Ausmaß gesellschaftlich und politisch beteiligen – müssen die Viertelgestalter aufgespürt und angesprochen werden. Zwar ist es richtig, dass in diesem Bereich „gezielte Angebote an einkommensschwache Bevölkerungsgruppen und niedrigschwellige Angebote im unmittelbaren Umfeld

der Zielgruppen [...] eine Herausforderung [bleiben werden]“.³² Gleichzeitig bieten die Viertelgestalter einen Schlüssel zur Lösung dieser Angebotsproblematik: Sie müssen in die Strukturen repräsentativer Demokratie vor Ort eingebunden werden. Damit würde nicht nur die Mitsprache möglichst vieler Viertelbewohner gewährleistet. Viertelgestalter in politischen Ämtern und Entscheidungsfunktionen üben auch auf passive Weise einen Einfluss. Denn da bei jeglichem bürgergesellschaftlichen Engagement das Zutrauen in die eigene Fähigkeit, die Gesellschaft zu gestalten, eine entscheidende Rolle spielt,³³ bedarf es positiver Rollenvorbilder, die in der Tat mit ihrem Einsatz einen politischen Einfluss üben. Sie zeigen, dass es möglich ist, zu gestalten und zu verändern.

9.2.4 Kostenneutrale, öffentliche Orte stärken und publik machen

Besonders wichtig sind kostenneutrale öffentliche Orte, die man flexibel und problemlos nutzen kann, ohne die Gefahr einzugehen, seine eigene materielle Situation zu offenbaren. Diese Orte müssen ausgebaut oder zusätzlich geschaffen werden.

Gerade informelle Aktivitäten im Außenbereich finden häufig statt, weil man sie kosten- und damit risikofrei aufsuchen kann. Sowohl dort wie auch beispielsweise in Moscheen oder anderen religiösen Gemeinschaftseinrichtungen ist die Gefahr gering, dass es zu „peinlichen“ Momenten kommt, in denen die eingeschränkte Finanzkraft des Einzelnen zu Tage tritt. Das heißt, öffentliche Räume – wie etwa Spielplätze, Parks oder die Einkaufsbereiche – werden ohnehin im Alltag intensiv genutzt. Daher könnten gerade in solchen Räumen Optionen zur Aktivität angeboten werden, wenn möglich vor allem in Zusammenarbeit mit den Partnern vor Ort.

Außerdem müssen Stadtteil- und Nachbarschaftszentren oder Gemeinderäume sowie deren bestehende Angebote stärker als derart „kostenneutrale Zonen“ kenntlich gemacht werden. Es muss deutlicher werden, dass man dort auch ungebunden, flexibel (und somit „modern“) mitmachen kann;

32 Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: *Lebenslagen in Deutschland*, S. XXIX.

33 Zur Frage des Selbst-Zutrauens vgl. Abschnitt 9.1.2 dieser Studie; sowie Böhnnike; Dathe: Rückzug der Armen, S. 17.

dass sie genauso „frei“ und einfach genutzt werden können wie die Spielplätze, Einkaufszentren oder Parks vor Ort. Nur so lässt sich die bestehende mentale Barriere senken und die Angebotsnutzung ausbauen.

- Es sollten mehr Aktivitäten draußen, in der öffentlichen Infrastruktur, in Parks, in der Nähe der Einkaufszentren oder von Spielplätzen angeboten werden.
- Gemeinderäume und Nachbarschaftszentren sollten ihre Politik der „offenen Tür“ verstärken und es anstreben, zu stark frequentierten Durchlaufarealen zu werden.
- Ferner muss intensiv darüber aufgeklärt werden, wo und welche Angebote kostenfrei und bindungsarm genutzt werden können und wofür Unterstützung durch öffentliche Gelder zu erwerben ist. Denn in den von uns untersuchten Stadtvierteln wurde, trotz einer zum Teil breiten Palette vorhandener kostenfreier Aktivitätsmöglichkeiten, immer wieder das Kostenargument angeführt; man könne nichts machen, weil alles Geld kostet, so die Begründung. Diesem Missverständnis könnte zum Beispiel durch gezielte Information über die Aktivitäten in Einkaufszentren, Parks und auf Spielplätzen, also in den am stärksten besuchten Orten begegnet werden.

9.2.5 Vornehmlich Migranten ansprechen

Möchte man Teilnehmer für Aktivitäten gewinnen, die das gesamte Viertel betreffen, so sollte man insbesondere bei Menschen mit Migrationshintergrund ansetzen. Bei ihnen sind die Voraussetzungen für Engagement und Aktivität aufgrund einer sehr positiven Eigenidentifikation mit dem Viertel am günstigsten. Die von uns vorgefundene Eigenwahrnehmung als „Ausländer“ in einem „ausländischen“ Viertel³⁴ verstärkt diesen Effekt partiell.

Viele Bewohner mit Migrationshintergrund gehen davon aus, dass die eigenen Kinder in Zukunft ebenso vor Ort aufwachsen werden. Allerdings gibt es eine Ausnahme: Die Gruppe der „Aufstiegsorientierten“³⁵, die zwar

³⁴ Dies betrifft vornehmlich Kassel-Brückenhof und -Wesertor sowie Göttingen-Grone, aufgrund des minimalen Anteils von Bewohnern mit Migrationshintergrund weniger Leipzig-Grünau. Vgl. zudem Kap. 7 dieser Studie.

³⁵ Vgl. Kap. 8 dieser Studie.

häufig auch einen Migrationshintergrund besitzt, aber meist versucht, Distanz zum Viertel zu wahren und sich kaum mit ihm identifiziert. Unserem ersten Eindruck zufolge überwiegt in den untersuchten Quartieren jedoch unter den Migranten der Typus der „Viertelkinder“, die anzusprechen bei der Förderung von lokaler Bürgergesellschaft besonders gewinnbringend erscheint.

- Insbesondere bei diesem Typus der Viertelkinder (sowie dem der jungen Mütter) bietet sich der Zugang über die Kinder an. Geeignete Kanäle zur Kontaktaufnahme und Ansprache bieten hier in erster Linie die Schulen, die religiösen Gemeinschaften oder die Sportvereine. In diesen könnte gezielt und in verschiedenen Sprachen über stattfindende Aktivitäten informiert und um „Mithilfe“ gebeten werden.
- Vor allem in Maßnahmen, die die Zukunft des Viertels betreffen (z.B. Planung von Spielplätzen etc.), können und wollen diese Bewohner eingebunden werden. Die richtige Ansprache ist hierbei entscheidend. Maßnahmen, die den Begriff „Bürger“ in sich tragen (wie etwa „Bürgerinitiativen“ oder „Bürgerbeteiligungsverfahren“), wirken zu oft abschreckend.³⁶
- Möglicherweise ist auch das motivierende Ansprechen überhaupt zu überdenken. Denn unserem Eindruck nach können die meisten Befragten mit Aktivierungsschlagwörtern nicht viel anfangen. Nicht (nur), weil die Begriffe unbekannt sind oder weil es an Verständnis mangelt, sondern hauptsächlich, weil Dinge in dieser Bevölkerungsgruppe meist ganz pragmatisch „einfach gemacht“ werden, wenn sie sinnvoll erscheinen; und nicht wegen des Slogans einer bürgerschaftlichen PR-Aktion.
- Engagementformen und Beteiligungsinitiativen, die diese Bewohner ansprechen, sollten den Fokus nicht auf das Bürgerrecht der Beteiligung legen, sondern an die erwünschte und notwendige Mithilfe der Bewohner appellieren. Dabei muss sehr genau auf den Motivierungsansatz geachtet werden. Eine Ansprache im Sinne eines „Sie, als Bürger, dürfen sich beteiligen“ scheint unpassend. Zweckmäßiger ist der Zugang über Kinder, die vermutlich im Viertel aufwachsen werden. Die Form der

36 Vgl. zum Begriff des Bürgers Abschnitt 4.4.1 dieser Studie sowie die in Abschnitt 9.2.7 beschriebene Handlungsempfehlung „Engagementpolitik muss die Sprache der ‚Unterschicht‘ lernen“.

Ansprache müsste lauten: „Wir brauchen hier Ihre Mithilfe bei der Gestaltung dieses Spielplatzes für unsere Kinder.“

9.2.6 Erwachsene bei den Kindern „abholen“

Wie bereits mehrfach gesagt: Kinder sind wichtigster Zugangs- und Anknüpfungspunkt für die bürgergesellschaftliche Aktivierung und Motivierung der Eltern. Während für Erwachsene und Eltern häufig das fehlende Geld oder die mangelnde Zeit als Gründe für Inaktivität angeführt werden, scheinen diese Begründungen beim eigenen Nachwuchs weniger oder gar nicht zu gelten.

Kinder und Jugendliche nehmen ihre Aktivitäten stärker sozial „gemischt“ wahr. Das heißt: Während sich Erwachsene vermehrt in bestimmten Gruppen (vgl. die in Kapitel 8 dargestellte Typologie) bewegen, ist man hier (noch) gemeinsam aktiv. Kinder können somit gleichsam für die Eltern als „Brücke“ der Integration bisher Inaktiver in die Bürgergesellschaft im Viertel genutzt werden. Hier ist also ein sehr hohes Bewusstsein für den positiven Wert der Bürgergesellschaft vorhanden.

- Eltern müssen dort „abgeholt“ werden, wo ihre Kinder bereits sind. Dies ist in ganz praktischer Hinsicht zu verstehen: Es bietet sich zum Beispiel an, Erwachsenenaktivitäten parallel zu denen der Kinder stattfinden zu lassen. Wenn beispielsweise „Frühstückstreffen“ für Mütter oder Väter zur selben Zeit und am gleichen Ort wie das Sporttraining oder Sprachkurse der Kinder stattfinden, könnten die Eltern leichter in Aktivitäten eingebunden werden. Schließlich sind sie es, die ihre Sprösslinge hinbringen und abholen und daher regelmäßig vor Ort sind. Dem Kostenargument könnte durch Kombi-Finanzierungsmodelle begegnet werden, beispielsweise indem man in den Vereinsbeitrag für das Kind den Vereinsbeitrag für einen Elternteil integriert.

9.2.7 Engagementpolitik muss die Sprache der „Unterschicht“ lernen

Oft mangelt es an einer gemeinsamen Sprache zwischen den Förderungsstellen der Bürgergesellschaft und den Bewohnern im Viertel. So finden Termini wie Bürger, Bürgergesellschaft, Zivilgesellschaft und Engagement

kaum Platz im Wortschatz des untersuchten Personenkreises, stoßen vielmehr aus verschiedenen Gründen auf sofortige Ablehnung. Gleichsam scheinen den politischen und wissenschaftlichen Beobachtern von Bürgergesellschaft viele der in den Quartieren verwendeten Begriffe nicht geläufig. So wird vielfach einfach vom „Helfen“ und von Nachbarschaftshilfe gesprochen. Oder Engagement findet schlicht statt, ohne viel darüber zu reden. Fördermaßnahmen, die abstrakt das „Engagement“ oder die „Freiwilligkeit“ an sich ansprechen, laufen hier ins Leere. Vielmehr ist es erforderlich, die „versteckten“ Bereiche aufzufinden, auf die Umgangssprache der Bewohner zurückzugreifen und zugleich eher „abstoßende“ Begriffe zu vermeiden.

- Maßnahmen zum Anregen gemeinschaftlichen Engagements, beispielsweise mediale Engagementkampagnen, müssen eine für sozial Benachteiligte lebensnahe Sprache sprechen.
- Insgesamt bedarf es sowohl in der Bürgergesellschaftspolitik als auch in der Bürgergesellschaftsforschung einer größeren Sensibilität bezüglich der eigenen Wortwahl und der Konsequenzen, die diese auf Spaltungstendenzen in der gesamten Bürgergesellschaft haben. Denn, das hat die vorliegende Untersuchung gezeigt, nicht nur Menschen mit niedrigem Bildungsgrad und geringem Einkommen können wenig bis nichts mit abstrakten Begriffen wie Zivil- oder Bürgergesellschaft anfangen. Bereits Wörter wie „Bürger“, auf denen viele „bürger“-gesellschaftliche Aktivitätsformen beruhen, stoßen auf Unverständnis und – zum Teil aus vielerlei Gründen³⁷ – direkte Ablehnung. Wie unsere Untersuchungen zeigen, impliziert der Begriff „Bürger“ für die „Unterschicht“ etwas anderes als für andere Bevölkerungsschichten. Der Begriff könnte durch einfachere Formulierungen geöffnet werden („Aktive“, „Viertelhelfer“ oder „Engagierte“), die benennen, was konkret erwünscht ist und nicht zu vieles im abstrakten Nebel belassen.
- Ganz konkret sollte daher weniger von bürgergesellschaftlichen Aktivitäten sondern vielmehr von Hilfe oder Helfen die Rede sein. Statt von Gemeinschaft oder Gemeinsinn muss es um das Viertel, die Nachbarschaft oder den (Wohn-)Block gehen.

37 Vgl. Abschnitt 4.4.1 zur Wahrnehmung des „Bürgers“.

An diese Punkte anschließend muss grundsätzlich darauf geachtet werden, dass Bürgergesellschaft nicht noch stärker zu einer Angelegenheit der Mittel- und Oberschichten gerät.³⁸ In der Beobachtung der „Unterschicht“ finden sich zwar viele Menschen, die aktiv sind und sich engagieren. Gleichzeitig geschieht dies aber in einer Form, die nur ansatzweise dem „klassischen“ Bild von Engagement oder Ehrenamt entspricht. Die „Unterschicht“ wirkt damit insgesamt zwar nicht gänzlich isoliert, sie ist jedoch – das lässt sich auch an der verwendeten Sprache ablesen – deutlich entfernt von anderen Schichten und in vielerlei Hinsicht „unter sich“.

9.2.8 Religiöses Engagement nutzen – und stärken

Religiöse gemeinschaftliche Aktivitäten sind in den Quartieren weit verbreitet und bilden einen wichtigen Anknüpfungspunkt für die Unterstützung von Bürgergesellschaft. Insbesondere die Menschen mit Migrationshintergrund unter unseren Befragten waren stark innerhalb ihrer Religionsgemeinschaften vernetzt und auch engagiert. Hier finden viele informelle Aktivitäten statt, das heißt: spontane, auch unregelmäßiges Erscheinen in der Kirche/Moschee. Zudem spielen hier finanzielle Unterschiede – ein gerade für die Gruppe der sozial Benachteiligten entscheidender Faktor – kaum eine Rolle. Nicht zuletzt bieten religiöse Gemeinschaften besonders niedrigschwellige Angebote an. Nichtsdestotrotz wird diese Form des Engagements nicht nur von außen, sondern auch aus der Binnensicht nur selten als Engagement in der öffentlichen Sphäre wahrgenommen. Die Befragten erwähnten ihr religiöses Engagement meistens nur nach direkter Nachfrage.

- Überdurchschnittlich häufig handelt es sich bei den politischen Förderern von Bürgergesellschaft – in der Politik oder Verwaltung – um Menschen ohne Migrationshintergrund. Gleichzeitig lässt die verstärkte Abneigung gegen das Wort „Bürger“ und Bürokratie auf Seiten der

38 „In den Organisationen des Nonprofit-Sektors ohne gezielte öffentliche Fördermaßnahmen finden sich insbesondere Freiwillige aus einer mittelstandsortientierten Bürgergesellschaft. Menschen mit geringerem Bildungsniveau tragen ein höheres Risiko, sowohl aus der Erwerbsgesellschaft als auch aus der Bürgergesellschaft ausgegrenzt zu werden [...]“, beschreibt auch Schulz: *Kompetenz-Engagement*, S. 297.

Menschen mit Migrationshintergrund auf viele negative Erfahrungen mit diesen staatlichen Unterstützungsstellen schließen. Das Verhältnis von Aktiven und ihren Förderern scheint hier auch von beidseitigem Unverständnis und Missverständnissen geprägt zu sein. Umso wichtiger ist eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Stellen staatlicher beziehungsweise kommunaler Unterstützung von Engagement und den religiös geprägten bürgergesellschaftlichen Strukturen.

- Zentral ist, dass die Religion oder die Glaubensgemeinschaft integraler Bestandteil des Lebens ist, aus dem Engagement erwachsen kann. Beispielsweise ist die Moschee der Ort, an dem Engagement ganz alltäglich stattfindet. Hier gilt es anzusetzen – ohne dabei in die religiösen Belange selbst einzugreifen.

9.2.9 Unterschiedliche Angebote anbieten – insbesondere Leerstellen für junge Männer füllen

Für die verschiedenen Personengruppen in einem Quartier müssen Aktivitäten typenspezifisch und passgenau zugeschnitten werden. Denn der Beteiligungsgrad an der Bürgergesellschaft variiert zum Teil sehr stark. Während einige Typen besonders von bestehenden Angeboten wie Stadtteil-, Nachbarschafts- oder Gemeindezentren angesprochen werden (beispielsweise Frauen und Kinder, „Viertelgestalter“ und „Viertelkinder“³⁹), scheint es für andere (insbesondere junge Männer und Männer im Allgemeinen) nur wenige als attraktiv wahrgenommene Möglichkeiten des Engagements zu geben.

Die Nachbarschafts- oder Stadtteilzentren spielen in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle, scheinen aber oft nur einen eingeschränkten Teil der Klientel zu bedienen. Sie werden zwar von den meisten Bewohnern bekannt (zum Teil aufgrund ihrer exponierten Lage und Architektur), jedoch nutzen nur wenige ihre Angebote. Ihnen lastet nicht selten ein Image von „Frauentreffs“ an. Zudem: Als vermeintlich primär für hilfsbedürftige Gruppen gedachte Orte sind sie insbesondere für Jüngere uninteressant, denn diese sehen sich alles andere als eine Gruppe, die Hilfe benötigt.

Umgekehrt geraten manche Jugendzentren mitunter zu Orten für jüngere Männer oder pubertierende männliche Jugendliche. Mütter von kleineren

39 Vgl. Kap. 8 dieser Studie.

Kindern halten ihren Nachwuchs bewusst von diesen eigentlich integrativ konzipierten Orten fern.

- Sinnvoll sind in einem ersten Schritt Angebote speziell für männliche Jugendliche, die durch die Zentren unterstützt werden, aber im freien Raum stattfinden, zum Beispiel offene Sportturniere in den Parks.
- Gerade Sport und Bewegung sind für die Gruppe der jungen Männer wichtig. Doch diese sind nur schwer in einem Nachbarschaftshaus unterzubringen. Hier müssten die lokalen Sportvereine und die Zentren stärker kooperieren. Gemeinsame Veranstaltungen wie *Nachbarschafts-* oder *Viertelfeste*, die beispielsweise Kuchenbasare oder Sportmöglichkeiten anbieten, könnten einen Rahmen schaffen, der allen Bewohnergruppen etwas Spezifisches anbietet und gleichzeitig alle zusammen bringt.
- Doch ohne zusätzliches Personal lassen sich diese Anforderungen an die Nachbarschaftszentren nicht ohne weiteres umsetzen. Einige Probleme sind angesichts knapper individueller Ressourcen oft verständlich, bereits vollbrachte Leistungen umso eher beachtlich.
- Wie schon beschrieben trauen es sich viele Bewohner nicht zu, selbst aktiv zu werden und das Nachbarschafts- oder Gemeindezentrum durch eigene Aktivitäten mit Leben zu füllen. Hier müssen insbesondere die „Viertelgestalter“ gefunden und angesprochen werden. Außerdem müsste man es (möglicherweise durch Kampagnen, besser durch direkte Ansprache) anstreben, das Zutrauen auch anderer Viertelbewohner in sich selbst zu stärken.
- Junge Männer scheinen zudem gerade im Alter von 15 bis 17 ihre Vereinsaktivitäten zu beenden. Gerade hier muss man ansetzen: In dieser Zeit werden häufig Haupt- und Realschule beendet, Lehren gestartet, die Schulkarriere auf dem Gymnasium fortgesetzt oder ab Klasse 11 neu begonnen. Das bisherige Leben ändert sich also von Grund auf, bestehende Strukturen brechen weg und müssen dann mühsam neu erarbeitet werden. Das kostet Kraft. Außerdem konzentriert man sich darauf in Lohn und Brot zu kommen beziehungsweise blendet Dinge neben der Erwerbskarriere aus. Engagement und Aktivitäten bleiben hier als erste auf der Strecke.
- Wichtig wäre hier eine längere gemeinsame Schulzeit oder eine bestehende Zusammenarbeit mit schulischen Einrichtungen, denn gerade Schule bedeutet für viele einen Zugang in die Bürgergesellschaft.

- Außerdem müsste gerade für diese Gruppe verdeutlicht werden, dass sich Arbeit und Freizeit/Engagement nicht gegenseitig ausschließen, sondern sich durch soziale Netzwerke und persönliche Beziehungen häufig gegenseitig ergänzen. Hier muss das Konkurrenzbild Arbeit gegen Bürgergesellschaft aufgebrochen werden, möglicherweise durch das Anbieten von Freizeitaktivitäten durch Unternehmen. Die viel gerühmte „Corporate Social Responsibility“, die Verantwortlichkeit von Unternehmen für die Förderung von Bürgergesellschaft,⁴⁰ ist hier gefragt.

9.2.10 Verbindungen zu Politik und Demokratie schaffen

Einige der vorliegenden Ergebnisse müssen wie Warnschüsse für die politische Bildungsarbeit und vor allem für die Demokratiedidaktik gelten. Hier besteht in der Tat dringender Handlungsbedarf.⁴¹

Denn in der betrachteten Bevölkerungsgruppe scheint sich hartnäckig ein verengter und von negativen Stereotypen beherrschter Politikbegriff zu halten,⁴² dem auch die durchaus vorhandenen Beteiligungsmaßnahmen in den Vierteln kaum entgegenwirken konnten. Dabei führen diese Schritte wie Runde Tische, Bürgerbefragungen und Umfragen partiell zu Beteiligung – und damit zu tatsächlicher politischer *Mitwirkung* als *Bürger* in der *Demokratie*. Doch gerade diese Zusammenhänge, die die persönliche mit der abstrakten Ebene der Demokratie und Politik verbinden, sind hier abgebrochen.

40 Zur Rolle der Unternehmen vgl. Enquete Kommission „Zukunft des Bürgergesellschaftlichen Engagements“, Deutscher Bundestag: *Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen*.

41 Zu einem ähnlichen Schluss kommt Läzer: „[...] bestimmte soziale Gruppen [drohen] aus der politischen Integration herauszufallen [...], weil sie scheinbar bereits die Zugangsvoraussetzungen zur Welt der Politik [...] nicht beziehungsweise kaum erfüllen.“ Von einem Teil der Bewohner in den benachteiligten Quartieren, der zusätzlich über geringes kulturelles und soziales Kapital verfügt, würde „eine ‚innere Kündigung‘ an die Politik ausgesprochen“. Die Autorin spricht in diesem Zusammenhang von einer „Krise der Demokratie“ und sieht dringenden Handlungsbedarf. Läzer: *Politische Einstellungen*, S. 180f.

42 „Denkbar wäre, dass Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen Politiker als ‚die da oben‘ erleben,“ so Läzer: *Politische Einstellungen*, S. 99f.

Der Politik im Kleinen, z.B. dem „Sicheinsetzen“ für einen attraktiveren Spielplatz im Viertel, und der Politik im Großen, hauptsächlich repräsentiert durch Politikergesichter in Berlin, fehlt jeglicher Zusammenhang. Das erklärt sich zum Teil durch das völlige Wegfallen von persönlichen Kontakten zu Menschen, die in politischen Organisationen oder Parteien aktiv sind. Es gibt auch keine Verbindung (mehr) zwischen den „privaten“ Einsätzen mancher Viertelbewohner und den Politikern im Rathaus der eigenen Stadt.⁴³

- Bereits bestehende Beteiligungsmechanismen in den Vierteln müssen dringend ausgebaut oder – soweit nicht vorhanden – geschaffen werden. Diese müssten nicht nur in praktischer Hinsicht zur Demokratie beitragen, das heißt die Stimmen und Meinungen der Viertelbewohner in den politischen Entscheidungsprozess einbringen, sondern auch demokratiedidaktisch begleitet werden. Den Teilnehmern von Bürgerforen oder Runden Tischen muss ihr eigenes Partizipieren an Demokratie und Politik verdeutlicht werden. Auch, dass es sich dabei um das aktive Wahrnehmen ihrer Rolle als *Bürger* handelt, muss begleitend diskutiert werden.
- Eine verstärkte Kooperation zwischen Institutionen der politischen Bildungsarbeit und den Initiatoren von Bürgerbeteiligungsforen (vornehmlich den Städten und Kommunen) ist hier gefragt.
- Schließlich muss jene Leerstelle ausgefüllt werden, zu der gerade auf kommunaler Ebene der starke Mitgliederrückgang in Parteien geführt hat. Politische Gremien oder Parlamente könnten hier zum Beispiel feste Mandate oder Plätze für „Viertelgestalter“ einrichten, die in ihren Ortsteilen gewählt werden. Durch gesonderte Quartierswahlen – die bestenfalls auf den nahe gelegenen Spielplätzen, in Einkaufsgebieten und Parks stattfinden – könnten Sprecher für das Viertel gefunden werden, die sich von den bestehenden Strukturen abheben. Keine „typischen“ Politiker, sondern sozusagen die politischen „Seiteneinsteiger“⁴⁴

43 Schnur kommt bei seinen Beobachtungen in Berlin Moabit zu einem ähnlichen Schluss, vgl. Schnur, Olaf: *Lokales Sozialkapital für die „soziale Stadt“*, Opladen 2003, S. 248.

44 Vgl. Lorenz, Robert; Micus, Matthias (Hrsg.): *Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteidemokratie*, Wiesbaden 2009.

des Viertels von Morgen. Möglicherweise finden sich so Figuren, mit denen sich die Viertelbewohner identifizieren können oder die glaubwürdig erscheinen. Wenn diese Personen wiederum in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden werden, könnten sie die verschiedenen und divergierenden Lebenswelten ein wenig überbrücken helfen.

